



**Rede von**

**von**

**Hartmut Koschyk MdB**

**Beauftragter der Bundesregierung**

**für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

**Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe**

**des Deutschen Bundestages**

**Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums**

**Ehemaliger Ko-Vorsitzender des deutsch-koreanischen**

**Beratergremiums zu außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung**

**„Die deutsch-koreanischen Beziehungen im Spiegel der Arbeit  
der gemeinsamen Regierungskommission zu außenpolitischen As-  
pekten der Wiedervereinigung“**

**anlässlich des Deutsch-Koreanischen Workshops „Dialog und Prinzipienfes-  
tigkeit – deutsche Erfahrungen und koreanische Politik in der Nuklearkrise“  
der Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institute for Peace  
Affairs (IPA)“**

**am 23. Oktober 2017 in Seoul**

Als langjähriger Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages, Ko-Vorsitzender des Deutsch-Koreanischen Forums und ehemaliger Ko-Vorsitzender des deutsch-koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Aspekten der Wiedervereinigung begrüße ich herzlich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer am heutigen deutsch-koreanischen Workshop „Dialog und Prinzipienfestigkeit – deutsche Erfahrungen und koreanische Politik in der Nuklearkrise“, der von der Hanns-Seidel-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Institute for Peace Affairs (IPA) ausgerichtet wird.

Ganz besonders möchte ich an dieser Stelle der Hanns-Seidel-Stiftung in Korea und ihren Repräsentanten, Herrn Dr. Bernhard Seliger, aber auch dem Projektleiter der Hanns-Seidel Stiftung, Herrn Kim Young-soo, für den Einsatz um eine innerkoreanische Annäherung danken. Die Hanns-Seidel-Stiftung arbeitet seit vielen Jahren eng mit dem Institute for Peace Affairs zusammen und führte in der Vergangenheit erfolgreich zahlreiche gemeinsame Veranstaltungen und Projekte durch. Auch dem IPA unter seinem Präsidenten, Dr. Shin Yeong-Seok, danke ich sehr herzlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Immer wieder habe ich gerne an Veranstaltungen und Begegnungen zwischen der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Institute for Peace Affairs in Deutschland und Korea teilgenommen.

Deutschland verband 40 Jahre mit Korea das Schicksal der Teilung. Auch 26 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer und der friedlichen Revolution in der DDR sind die überwundene Teilung Deutschlands und Europas einerseits und die fortbestehende Teilung Koreas und die angespannte Lage in Nordostasien weiterhin ein wichtiges Element der Verbundenheit zwischen Deutschland und der EU mit Korea.

Das wiedervereinte Deutschland begleitet in Erinnerung an die eigene Teilung und deren Überwindung den koreanischen Annäherungsprozess mit großer Anteilnahme. Weil Deutschland und Europa ihre Teilung 1989/1990 friedlich überwinden konnten, unterstützen wir alle Bemühungen für den Frieden, die Versöhnung und eine Einheit in Freiheit auf der koreanischen Halbinsel.

Der frühere Bundespräsident Joachim Gauck hat im Oktober 2015 in seiner Rede vor der Nationalversammlung der Republik Korea daran erinnert, dass „ein besonderes Band zwischen Korea und Deutschland die Erfahrung der Teilung der Nation in zwei Staaten bleibt“. Gleichzeitig betonte Bundespräsident Gauck,

dass die Geschichte von der Überwindung der deutschen Teilung nie einfach „Blaupause“ sein kann. Unsere Erlebnisse und Lehren können aber doch zumindest jene interessieren, für die eine geteilte Nation mehr ist als ferne Geschichte.

Bundespräsident Gauck machte sich in seiner Rede vor der Nationalversammlung trotz der anhaltenden Spannungen zwischen der Demokratischen Republik Korea und der Republik Korea für einen Dialog stark. Ein Dialog nicht nur über die vermeintlich harten Themen der Sicherheitspolitik, sondern auch über Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und inzwischen auch die Umwelt könne „helfen, Kanäle der Kommunikation“ zu öffnen. „Vertrauen und Dialog sind der Schlüssel zu friedlichem Wandel und zu Verständigung. Dabei gilt es stets, das Ziel der Einheit im Blick zu behalten, so fern es auch erscheinen mag“, so Bundespräsident Gauck in seiner Rede vor der Nationalversammlung der Republik Korea.

Gerade vor dem Hintergrund der andauernden nordkoreanischen Raketen- und Nukleartests gewinnen die mahnenden Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Gauck eine ganz besondere Bedeutung. Das Vorgehen Nordkoreas ist ein schwerer Rückschlag für die innerkoreanische Annäherung und den notwendigen Friedensprozess auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien. Nordkoreas Vorgehen hat dazu geführt, dass Deutschland und die EU ihre Engagement-Politik gegenüber Nordkorea eingefroren haben und mit der Weltgemeinschaft eine bislang beispiellose Geschlossenheit an Sanktionen erreicht wurde.

So hat sich neben dem Weltsicherheitsrat auch die EU darauf geeinigt, ihre Sanktionen gegenüber Nordkorea erneut zu verschärfen. Den formellen Beschluss dazu haben am 16. Oktober die Außenminister gefasst. Zuvor hatte Bundeskanzlerin Merkel aber das Festhalten an einer diplomatischen Krisenlösung bekräftigt. Der jüngste Sanktionsbeschluss dokumentiert erneut, dass die EU sich geschlossen gegen fortgesetzte Brüche des Völkerrechts durch das nordkoreanische Regime stellt.

Die Bundesregierung und Bundeskanzlerin Merkel stehen hinter den Sanktionen des Weltsicherheitsrates und der EU. Gleichzeitig hält die Bundesregierung jede Art von militärischer Lösung in der Nordkorea-Krise „für absolut unange- messen“ und setzt auf diplomatische Bemühungen zur Lösung des Konflikts.

In einem Telefonat, in dem der amerikanische Präsident Donald Trump Bundeskanzlerin Angela Merkel zu ihrem Wahlsieg gratulierte, hat die Kanzlerin erneut die deutsche Position in der Nordkoreakrise verdeutlicht.

Wiederholt hat die Bundesregierung besorgt auf die Politik des US-Präsidenten reagiert und auch Trumps Drohung an Nordkorea kritisiert. Sie sprach von einem „klaren Dissens mit dem amerikanischen Präsidenten“. In ihrem Telefonat mit Trump sagte Bundeskanzlerin Merkel zum Thema Nordkorea, es müssten „alle Mittel zur friedlichen Beilegung des Konflikts genutzt werden“. Die deutsche Bundeskanzlerin und der amerikanische Präsident waren sich gleichzeitig einig, „dass der diplomatische und wirtschaftliche Druck auf Nordkorea intensiviert werden müsse“.

Bundeskanzlerin Merkel führte auch Gespräche mit dem russischen Präsidenten Putin, dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping und dem südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in und steht in intensiven Kontakt zu diesen. Dabei wirbt sie stets für Dialog und gleichzeitig auch für Geschlossenheit gegenüber Nordkorea.

Bundeskanzlerin Merkel erklärte, dass Deutschland bereit sei, im Zusammenhang mit der Nordkorea-Krise Verantwortung als Vermittler zu übernehmen. Es sei mit von der Krise betroffen, auch wenn Nordkorea weit entfernt liege. Die Bundeskanzlerin erinnerte zurecht an das Abkommen, das die ständigen Sicherheitsratsmitglieder, Deutschland und die Europäische Union 2015 mit dem Iran abgeschlossen hatten. Dieses hat zum Schluss eine Eingrenzung der Möglichkeiten des Iran zu einer nuklearen Aufrüstung gebracht.

Auch Außenminister Sigmar Gabriel betonte am Donnerstag den 21. September in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, dass „die internationale Gemeinschaft die nuklearen Provokationen Nordkoreas nicht akzeptieren“ werde.

Nordkorea darf keine Nachahmer finden. Wenn die Staatengemeinschaft lediglich zuschaut, wenn sich Staaten in den Besitz atomarer Waffen bringen, dann wird es andere politische Führer geben, die diesem Beispiel folgen werden. Deshalb ist die atomare Bewaffnung Nordkoreas eine weltweite Herausforderung, die die Staatengemeinschaft gemeinsam bestehen muss.

Wenn man nach der Motivlage des nordkoreanischen Machthabers fragt, so scheint der nordkoreanische Machthaber Kim Jong-un jetzt alles auf eine Karte setzen zu wollen. Er will auf Augenhöhe von den USA und auch der internationalen Staatengemeinschaft wahrgenommen werden. Und er provoziert nicht nur die USA, er provoziert auch China gleichermaßen. So hat der letzte Nukleartest am 3. September 2017 am Eröffnungstag der Brix-Konferenz stattgefunden, was belegt, dass Kim Jong-un auch China zeigen will, dass er sich von China nicht beeindruckt lässt. Chinas Einfluss wird oftmals überschätzt. Es ist nicht das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und ihren ehemaligen Satellitenstaaten. Kein chinesischer Soldat steht in Nordkorea. Nordkorea hat immer auf seine Autarkie geachtet. Kim Jong-un scheint von seinem Vater und Großvater gelernt zu haben verschiedene Mächte gegeneinander auszuspielen. Vor diesem Hintergrund darf man die nordkoreanische Diplomatie und insofern auch ein gewisses planmäßiges Vorgehen nicht unterschätzen. Das Entscheidende ist, dass irgendjemand anfangen muss mit Kim Jong-un zu sprechen und Gespräche zu vermitteln. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der amerikanische Außenminister Rex Tillerson am 30. September bei einem Besuch in Peking erneut deutlich gemacht hat, dass er auf Gespräche mit Nordkorea setzt und erklärte, dass es Kommunikationskanäle nach Pjöngjang gebe. Allerdings räumte eine Sprecherin seines Ministeriums später ein, es gebe bisher keinen Hinweis darauf, dass Pjöngjang gesprächsbereit sei.

Momentan habe ich den Eindruck, dass es sich um ein Mikado-Spiel handelt und jeder Angst hat sich zuerst zu bewegen. Aber irgendjemand muss sich bewegen, muss eine Gesprächsatmosphäre schaffen und gleichzeitig muss der Druck aufrecht erhalten bleiben. Das ist nach meiner Überzeugung der einzige Ausweg aus der Krise und das haben auch frühere ähnliche Situationen so auf der koreanischen Halbinsel gezeigt.

Der Ansatz von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Gabriel „Wirtschaftssanktionen und Verhandlungen“ zur Deeskalation der Krise sind ohne Alternative. Das Entscheidende ist, dass irgendjemand anfangen muss mit Kim Jong-un zu sprechen und Gespräche zu vermitteln. Es besteht kein Grund anzunehmen, dass es nicht gelingen kann, in Nordkorea das zu erreichen, was als Ergebnis langer und schwieriger Verhandlungen mit dem Iran erreicht worden ist. Dies umso mehr, da es bereits 1994 ein Abkommen zwischen den USA

und Nordkorea gegeben hat, wo Nordkorea bereit war auf seine nuklearen Ambitionen zu verzichten. Nur durch Dialog ist die Krise auf der koreanischen Halbinsel zu lösen!

Es ist sehr zu begrüßen, dass Südkorea trotz der Zuspitzung der Lage auf der koreanischen Halbinsel und der verschärften Sanktionen gegen Nordkorea, auch weiterhin über internationale Organisationen, wie beispielsweise Unicef, humanitäre Projekte in Nordkorea finanziell fördern wird. Ebenfalls ist es ausdrücklich zu begrüßen, dass man Nordkorea einladen will, an den olympischen Winterspielen vom 9. bis 25. Februar 2018 im südkoreanischen Pyeongchang teilzunehmen. Gerade vom Friedensgedanken der Olympischen Winterspiele in Südkorea kann auch ein friedens- und dialogstiftender Impuls zur Entschärfung des Konflikts auf der koreanischen Halbinsel ausgehen!

Die mahnenden Worte von Bundespräsidenten Gauck „Vertrauen und Dialog sind der Schlüssel zu friedlichem Wandel und zu Verständigung“ sind gerade vor dem Hintergrund der nordkoreanischen Raketen- und Nukleartests aktueller denn je, zeigen sie doch den einzigen Weg für das nordkoreanische Regime auf, die internationale Isolation zu beenden und den Weg für eine nachhaltige Entspannung auf der koreanischen Halbinsel zu ebnen.

Die deutsche Politik und Diplomatie, die deutsche Wirtschaft, die deutschen politischen Stiftungen, das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Alexander-von-Humboldt Stiftung, aber auch deutsche humanitäre Organisationen wie die Welthungerhilfe, das Deutsche Rote Kreuz und die beiden großen christlichen Kirchen werden auch in Zukunft daran festhalten einen nachhaltigen Beitrag für eine innerkoreanische Annäherung zu leisten mit dem Ziel, die unmenschliche Teilung des Landes zu überwinden.

Darüber hinaus wurde aus Anlass des 20. Jahrestages der deutschen Wiedervereinigung ein bilaterales Expertengremium errichtet, das den Austausch von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen über den deutschen Vereinigungsprozess unterstützt und die Frage ihrer Nutzbarmachung für die koreanische Vereinigungspolitik erörtert. Unter anderem stellt Deutschland – soweit möglich – der Republik Korea auf ihren Wunsch hin staatliche Dokumente und weitere historische Unterlagen zum deutschen Einigungsprozess zur Verfügung. Dem im Jahr 2002 eingerichteten deutsch-koreanischen Beratergremium gehören

auf deutscher Seite unter anderem Lothar de Maizière, Horst Teltschik und Rainer Eppelmann an. Bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten wirkte auch der DDR-Bürgerrechtler des Neuen Forums und von der Volkskammer 1990 gewählte Vorsitzende des Sonderausschusses zur Kontrolle der Auflösung des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit, Herr Bundespräsident Dr. Joachim Gauck, in diesem Gremium mit.

Im Rahmen des Staatsbesuches der ehemaligen Präsidentin der Republik Korea, Frau Park Geun-Hye, in Berlin im März 2014 wurde schließlich die Vereinbarung getroffen, die deutschen Bemühungen für eine innerkoreanische Annäherung zu intensivieren. Insbesondere wurde zwischen dem damaligen Bundesaußenminister und heutigen Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier und seinem koreanischen Amtskollegen Yun Byung-Se vereinbart, ein „Deutsch-Koreanisches Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung“ einzurichten. Das diesbezügliche Memorandum of Understanding wurde im September 2014 unterzeichnet. Das Expertengremium hat sich im Oktober 2014 im Rahmen des Besuches des damaligen Bundesaußenministers Steinmeier in der Republik Korea in Seoul konstituiert. Der damalige Bundesaußenminister Steinmeier hat mich zum deutschen Ko-Vorsitzenden ernannt. Auf koreanischer Seite wurde das Beratergremium vom ehemaligen südkoreanischen Außenminister Han Sung-joo geleitet. Die aus je sieben Experten aus beiden Ländern bestehende Kommission sollte auf Wunsch der südkoreanischen Regierung Empfehlungen erarbeiten, welche Erfahrungen der außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung auf die Situation auf der koreanischen Halbinsel und deren nordostasiatischen Umfeld übertragen werden können.

Am 28. April diesen Jahres hat das Deutsch-Koreanische Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung nach seiner fünften Arbeitssitzung im Auswärtigen Amt in Berlin seinen Abschlussbericht vorgestellt. Der Bericht ist das Ergebnis umfangreicher Beratungen zwischen den deutschen und koreanischen Außenpolitikexperten in den letzten Jahren. Beide Seiten haben in dieser Zeit sehr offen über Strategien für die koreanische Halbinsel diskutiert.

Erlauben Sie mir, Ihnen die Handlungsempfehlungen kurz vorzustellen:

### **1 ) Konsens und Konsistenz in der Vereinigungspolitik**

Die Republik Korea sollte zu einer langfristigen Vereinigungspolitik finden, die auf nationalem Konsens beruht und konsequent umgesetzt wird, unabhängig vom Regierungswechsel. Zu diesem Zweck wird empfohlen, eine Grundcharta der Vereinigungspolitik zu formulieren.

## **2) Unterstützung der Nachbarländer für eine koreanischen Vereinigung sichern**

Deutschland konnte Unterstützung der Nachbarländer für die deutsche Wiedervereinigung erreichen, indem es deren Sicherheitsbedenken regionale Sicherheitsmechanismen entgegengesetzte. Es wurde empfohlen, dass die bestehende bilaterale militärische Allianz zwischen den USA und der Republik Korea durch den Aufbau regionaler Sicherheitsmechanismen ergänzt wird, in denen widersprüchliche Interessen der regionalen Akteure angegangen werden können.

## **3) Vertrauensbildung durch die Schaffung eines multilateralen Kooperationsrahmens im nordostasiatischen Raum**

Unter Hinweis darauf, dass die regionale Zusammenarbeit und die Integration in Europa ein günstiges Klima für die deutsche Vereinigung geschaffen hat, empfiehlt es sich, dass die südkoreanische Regierung ihre bisherigen Initiativen zur regionalen Zusammenarbeit überprüft und eine neue Initiative mit einem konkreten Aktionsplan entwirft.

## **4) Nutzung multilateraler Mechanismen mit tragender Rolle Südkoreas**

Die südkoreanische Regierung wäre gut beraten, multilaterale Mechanismen zu nutzen, um koreanische Vereinigungsprobleme zu diskutieren. Dabei sollte Korea in den Diskussionen über die Vereinigungsprobleme eine führende Rolle spielen.

## **5) Eine Friedensvision der Außenpolitik des einheitlichen Korea zu erklären**

Deutschland hat die Unterstützung der Nachbarländer für die Vereinigung gesichert, indem sie ihr Engagement für den europäischen Frieden, insbesondere im "Zwei-plus-Vier-Vertrag", bekräftigt. In diesem Zusammenhang empfiehlt es sich, dass die südkoreanische Regierung ihr Engagement für Frieden und Stabilität in der Region bekräftigt und eine Friedensvision eines vereinigten Koreas als Anker für Frieden und Prosperität in Nordostasien erarbeitet. Ein vereintes



Korea sollte zur Denuklearisierung, zur Waffenverringerung und zu internationalen Friedensanstrengungen wie beispielsweise im Rahmen der UN beitragen.

#### **6) Verbesserung der Menschenrechte in Nordkorea, Sicherstellung einer transnationalen Justiz und Förderung der vollständigen Integration von nordkoreanischen Flüchtlingen in Südkorea**

Diese Bemühungen sollten in einer Weise gefördert werden, die den Austausch und die Zusammenarbeit mit Nordkorea verstärkt. Nordkoreanische Flüchtlinge sollten klar und deutlich nicht mit dem Regime im Norden gleichgestellt werden.

Es wird empfohlen, dass sich die beiden Regierungen Koreas und Deutschlands regelmäßig über die nordkoreanischen Menschenrechtsfragen beraten. Zu diesem Zweck wird ferner empfohlen, dass ein koreanisch-deutscher Kooperationsmechanismus gebildet wird, um eine Strategie zu erörtern, wie man die Aufzeichnungen über den Umgang mit den Menschenrechtsfragen Nordkoreas, insbesondere deren Verstöße, und die Umsetzung relevanter Politiken nutzen kann.

Es wäre auch wichtig, dass die südkoreanische Regierung ihre Bemühungen zur vollständigen Integration der nordkoreanischen Flüchtlinge in Südkorea verdoppelt. Dies ist aus humanitären Gründen und als Vorläufer für die Integration von Nord- und Südkoreanern nach einer Vereinigung wichtig und notwendig.

#### **7) Fortführung eines deutsch-koreanischen Beratergremiums zu Fragen der Wiedervereinigung**

Die Beratungsgruppe hat in den vergangenen drei Jahren produktive Gespräche geführt und die deutsche Vereinigungserfahrung geteilt. Es empfiehlt sich daher dringend, dass die südkoreanische und die deutsche Regierung gemeinsam einen zukunftsorientierten Beratungsmechanismus erarbeiten, um die Arbeiten der Beratungsgruppe fortzusetzen.

In diesem Zusammenhang wurde empfohlen, dass die beiden Außenministerien einen Dialog haben, der sich insbesondere auf aktuelle Sicherheitsfragen auf der koreanischen Halbinsel und der Region konzentriert. Die Beratungsgruppe ist

der Auffassung, dass dies neue Impulse für die bereits starke strategische Partnerschaft zwischen Korea und Deutschland setzen könnte.

Der Abschlussbericht des Deutsch-Koreanische Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung zeigt meines Erachtens gute Wege dazu auf, wie die Krise auf der koreanischen Halbinsel nachhaltig gelöst und die Weichen für eine innerkoreanische Annäherung mit dem Ziel einer Wiedervereinigung gestellt werden könnten.

Voraussetzung für die Wiederannäherung Nord- und Südkoreas ist ein positives regionales und internationales Umfeld. So wäre der Prozess der Deutschen Einheit ohne die europäischen und transatlantischen Partner Deutschlands sowie ohne die Einsicht der sowjetischen Führung unter Gorbatschow für einen Kurswechsel auch in der Deutschland-Politik nicht möglich gewesen. Daher braucht auch die innerkoreanische Annäherung gerade nach dem jüngsten nordkoreanischen Nukleartest zwingend die Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft – d. h. der Vereinten Nationen, der regionalen Mächte, aber insbesondere auch der USA, Chinas, Russlands und Japans.

In einem ersten Schritt muss jetzt nach Sanktionen die Gesprächsatmosphäre geschaffen werden, damit man durch möglichst viel internationale Geschlossenheit Nordkorea wieder an den Verhandlungstisch zurückbringt. Die zurückliegenden Iran-Verhandlungen zur Beendigung deren Nuklearambitionen, waren der richtige Ansatz. Auch beim Iran hat nur das Zusammenspiel von Sanktionen, Druck, aber auch Gesprächsbereitschaft zum Abschluss den Durchbruch gebracht. Damals waren die EU und mit ihr Deutschland in die Verhandlungen mit eingebunden. Gerade im Hinblick auf Nordkorea halte ich es für wichtig, wenn auch eine nicht unbedingt in die Interessenkonflikte der Region eingebundene Macht wie die EU an diesen Gesprächen beteiligt wird. Wir haben in der Region eine hohe Glaubwürdigkeit als EU und auch als Bundesrepublik Deutschland und deshalb wäre das Verhandlungsformat Iran seinerzeit: Iran, Vetomächte, plus EU, plus Deutschland ein guter Ansatz.

Ziel muss es sein, dass Nordkorea in einem ersten Schritt seinen Nuklearstatus einfriert und in einem zweiten Schritt schließlich die „Sechs-Parteien-Gespräche“ wieder aufgenommen werden. Dabei sollte es das Ziel sein, nicht nur um die strittige Nuklearfrage zu lösen, sondern auch einen nachhaltigen Dialogpro-

zess aller Beteiligten über alle Themen zu führen, die einer friedlichen Entwicklung in Nordostasien, einer allseitigen Verständigung sowie einer umfassenden Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Soziales, Bildung, Wissenschaft und im humanitären Bereich dienen.

Aus einem derartigen Prozess könnte sich eine schrittweise Annäherung der beiden koreanischen Staaten ergeben. Deutschland könnte hierbei seine Erfahrungen sowohl des Prozesses der innerdeutschen Annäherung, als auch im Hinblick auf die europäischen und internationalen Rahmenbedingungen der innerdeutschen Beziehungen vermitteln, ohne dass der deutsche Weg zur Wiedervereinigung als Vorbild angesehen werden sollte.

Wenn die „Sechs-Parteien-Gespräche“ zwischen China, den USA, Russland, Japan und den beiden koreanischen Staaten wiederaufgenommen und in der Nuklear-Frage Fortschritte erzielt werden, könnte sich daraus eine Art Nordostasien-KSZE-Prozess entwickeln, der von der Europäischen Union mit dem europäischen Erfahrungshintergrund bei der Überwindung des Ost-West-Gegensatzes begleitet werden könnte.

Internationale Sicherheitsmechanismen und Sicherheitsgarantien, wie sie in den Handlungsempfehlungen des Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung gefordert werden, waren Grundpfeiler der Zusammenarbeit der KSZE, die letztendlich zum Fall des Eisernen Vorhangs in Europa und zur Überwindung der europäischen und deutschen Teilung geführt haben.

Der Deutsche Bundestag hat sich bereits 2002 in einem interfraktionellen Antrag für solch eine Art nordostasiatischen KSZE-Prozesses ausgesprochen. Wörtlich heißt es in diesem Entschließungsantrag: *„Europa hat durch seine schmerzliche Geschichte gelernt, wie man mit scheinbar aussichtslosen und gefährlichen Spannungslagen umgehen kann. Unser Kontinent hat bei der Entspannungspolitik und der Überwindung des Kalten Krieges mit dem KSZE-Prozess gute Erfahrungen gemacht. Auch die Aussichten, die gegenwärtigen Spannungen auf der koreanischen Halbinsel einzudämmen und langfristig zu überwinden, könnten von einem Prozess profitieren, der nicht nur eindimensional auf die unmittelbare Lösung des Nuklearproblems abzielt, sondern parallel auch Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle, Wirtschafts- und Energiethemen, innergesellschaft-*

*lichen Wandel, Menschenrechte, einen breiten Dialog und einen Interessenausgleich umfasst. Entscheidend ist hierbei auch, nicht nur die beiden koreanischen Nachbarländer einzubeziehen, sondern auch wichtige und interessierte internationale Akteure wie Russland, die VR China, Japan, die USA, die EU und nicht zuletzt die UNO in der Person des Generalsekretärs. Nordkorea könnte über einen mehrdimensionalen, auf „Geben und Nehmen“ beruhenden Prozess aus seiner gefährlichen internationalen Isolation herausgeführt werden, ohne dass das Land etwa mit bilateralen südkoreanischen oder US-amerikanischen Konzessionen für seine unverantwortliche gegenwärtige Drohpolitik „belohnt“ würde. Angestoßen werden könnte ein solcher multidimensionaler Sicherheitsprozess für Nordostasien durch eine möglichst baldige internationale Sicherheitsinitiative. Diese Initiative sollte von der Europäischen Union ausgehen, die auf diesem Wege die Möglichkeit hätte, die in letzter Zeit leider wenig funktionsfähige gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wieder zu beleben und zu beweisen, dass sie zur Übernahme internationaler Verantwortung in der Lage ist. Deutschland sollte dazu in der EU den Anstoß geben.“*

Es steht außer Frage, dass die nordkoreanischen Raketen- und Nukleartests eine geschlossene Antwort der internationalen Staatengemeinschaft in Form von harten Sanktionen erfordert. Mit der Resolution Nummer 2084 hat der UN-Sicherheitsrat bereits im Jahr 2013 erklärt, im Falle eines weiteren Raketenstarts oder Nuklearversuchs „weitere signifikante Maßnahmen zu ergreifen“.

Gleichzeitig hat uns die Geschichte unseres eigenen europäischen Kontinents aber gezeigt, dass der Schlüssel für die friedliche Überwindung der deutschen Teilung und den europäischen Einigungsprozess ein andauernder Dialog und vertrauensbildende Maßnahmen waren.

Trotz der nordkoreanischen Raketen- und Nukleartests dürfen wir nicht aufgeben, mögliche Gesprächskanäle zu nutzen, um einen innerkoreanischen Dialog voranzubringen und vertrauensbildende Maßnahmen zu unterstützen. Dazu bedarf es heute umso mehr insbesondere der aktiven Unterstützung der VR China und der USA. Mittelfristig könnte sondiert werden, ob Nordkorea bei Abgabe einer regionalen Sicherheitsgarantie (durch China oder multilateral) zu erneuten Verhandlungen zur Aufgabe des Atomprogramms bereit wäre.

Die EU und Deutschland verfolgen in Nordostasien keine geopolitischen Interessen, was deren Glaubwürdigkeit unterstreicht. Insbesondere Deutschland kann

eine besondere Rolle spielen, da zahlreiche politische Führungskräfte in der ehemaligen DDR studierten und das Deutschlandbild dieses Personenkreises durchaus positiv geprägt ist. Den deutschen politischen Stiftungen mit ihren teilweise langfristig ausgebauten Beziehungen zu Nordkorea kommt dabei eine besondere Rolle zu, die nicht durch den kurzfristigen Versuch, Nordkorea diplomatisch zu isolieren, beendet werden sollte.

Im Dialog mit Südkorea, China, Japan und den USA könnten die EU und Deutschland einen Beitrag dazu leisten, zu versuchen, das Format der 6-Parteiengespräche im Sinne einer regionalen Sicherheitskonferenz in Nordostasien auszubauen. Eine solche Konferenz könnte - unter vorübergehender Zurückstellung der ungelösten Nuklearfrage - Schritte zur bilateralen und regionalen Vertrauensbildung und Rüstungsbeschränkung diskutieren und somit dazu beitragen, mittelfristig auch die Denuklearisierungsfrage wieder voran zu bringen.

Sollte es gelingen im Zuge einer Wiederaufnahme der 6-Parteien-Gespräche eine Art Nordostasien-KSZE-Prozess zu entwickeln, so könnte dies meines Erachtens sogar den Weg hin zu einer koreanischen Wiedervereinigung ebnen.

Skeptiker einer koreanischen Wiedervereinigung weisen auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hin, die Deutschland nach seiner Wiedervereinigung zu bewältigen hatte und noch immer zu bewältigen hat. In diesem Zusammenhang plädiere ich für mehr Realitätssinn und Augenmaß. Sicherlich ist die koreanische Situation in zahllosen Punkten von der deutschen Lage 1989/90 verschieden. Wenn man aber die ökonomischen Herausforderungen der Deutschen Einheit gegen eine koreanische Wiedervereinigung auszuspielen versucht, darf ich daran erinnern, dass wir diese gigantische Aufgabe zum weit überwiegenden Teil sehr gut gemeistert haben. Das geeinte Deutschland ist heute wirtschaftlich stärker als es die beiden Staaten in Deutschland vor 1990 waren. Auch muss man den "Kosten" der deutschen Einheit, die erheblichen finanziellen Aufwendungen der Teilung gegenüber stellen!

Natürlich müssen beide Seiten bei der Vereinigung zweier für sich allein unterschiedlicher Wirtschaftssysteme Einschränkungen hinnehmen und Belastungen ertragen. Denn Teilung kann nur durch Teilen überwunden werden.

Im Hinblick auf die Teilung der koreanischen Halbinsel ist es daher richtig, dass die politisch Verantwortlichen in der Republik Korea die Bevölkerung bereits heute darauf vorbereiten, dass eine Wiedervereinigung mit Kosten verbunden sein wird. Allerdings ist auch die Teilung Koreas, wie einst auch die Teilung

Deutschlands, mit hohen Kosten verbunden, wie beispielsweise hohen Militärausgaben, Sonderausgaben für Provinzen entlang der demilitarisierten Zone oder Ausgaben für humanitäre Hilfe für Nordkorea. Besonders betonen möchte ich hier auch die sogenannte Grenzlandförderung während der deutschen Teilung. Die Kosten einer dauerhaften Teilung sind sicher höher, als die Ausgaben, die man in die Zukunft eines geeinten Korea investiert. Darüber hinaus kann man am Beispiel Deutschland sehen, dass sich die Zukunftsinvestitionen in die Deutsche Einheit gerade im Hinblick auf die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise doppelt ausgezahlt haben: Kein Land in Europa hat die Krise besser überwunden als Deutschland!

Die Trennung der koreanischen Halbinsel ist viel radikaler, als sie es zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland je war, weil bis heute weder Menschen noch Information und Kommunikation die demilitarisierte Zone in wirklich nennenswertem Umfang überschreiten. Vor diesem Hintergrund kann die deutsche Wiedervereinigung und auch der 10-Punkte Plan von Bundeskanzler Kohl nicht als Blaupause hergenommen werden. Sollte ein Nordostasien-KSZE-Prozess sich aber erfolgreich entwickeln und die innerkoreanische Annäherung sich verfestigen, könnte in Kombination von Helmut Kohls 10 Punkte Plan mit dem drei Stufen Plan von Ministerpräsident Modrow aber ein durchaus gangbarer Weg aufgezeigt werden, die innerkoreanische Teilung zu überwinden.

Erlauben Sie mir dieses Gedankenspiel kurz zu skizzieren:

**Punkt 1 – Sofortmaßnahmen humanitärer Art**, ohne das aber - wie im Plan von Helmut Kohl vorgesehen – die Möglichkeit besteht, dass Nordkoreaner frei nach Südkorea ein- sowie wieder ausreisen. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord- und Südkorea ist größer, als es zwischen der alten Bundesrepublik und der damaligen DDR je gewesen ist. Eine unkontrollierte Grenzöffnung würde zu einem Menschenstrom gen Süden führen. Die Wirtschaftskraft Südkoreas wäre damit überfordert und es würde voraussichtlich zu großen sozialen Spannungen innerhalb der südkoreanischen Gesellschaft kommen, verbunden mit der Ablehnung einer staatlichen Einheit. Vorstellbar wäre, neben einer Familienzusammenführung, eine kontrollierte Ein- und Ausreise einer festzulegenden Zahl von Nordkoreanern, die pro Jahr für einen zeitlich begrenzten Aufenthalt Südkorea besuchen können.

Es darf nicht vergessen werden, dass das nordkoreanische Regime das Abwandern großer Teile der Bevölkerung, gerade auch aus den Reihen der Intellektuellen und hoch qualifizierten Arbeitnehmer, nicht hinnehmen würde. Vergessen wir nicht, was 1961 letztendlich die SED-Führung dazu bewogen hat, die Berliner Mauer zu errichten!

## **Punkt 2 – Umfassende Wirtschaftshilfe**

So wie im 10-Punkte Plan von Helmut Kohl vorgesehen, sollte auch Südkorea in einem 2. Schritt anstreben, wirtschaftlich, wissenschaftlich-technologisch und kulturell eng mit Nordkorea zusammenzuarbeiten. Neben der Industrieregion Kaesöng könnten in einem ersten Schritt zahlreiche weitere Sonderwirtschaftszonen errichtet werden und zwar nicht nur an der innerkoreanischen Grenze, sondern flächendeckend auch im Landesinnern von Nordkorea. Auf diesem Wege könnte die nordkoreanische Wirtschaft an südkoreanische Standards herangeführt und schrittweise marktwirtschaftliche Strukturen aufgebaut werden. Auch in der Landwirtschaft sollte vor diesem Hintergrund ein Know-how Transfer stattfinden. Es könnte gute Vorarbeit geleistet werden, das wirtschaftliche Gefälle im Hinblick auf eine etwaige Wiedervereinigung kontinuierlich abzubauen.

Partnerschaften zwischen nord- und südkoreanischen Universitäten kämen meines Erachtens eine ganz besondere Rolle zu. Es sollte ein kontrollierter, aber zugleich umfangreicher Studentenaustausch in Gang gesetzt werden, wobei Südkorea zweifellos nordkoreanische Studenten finanziell unterstützen müsste. Denkbar wäre die Einführung eines Studienkredits nach deutschem Vorbild, der aber erst nach einer Wiedervereinigung abgezahlt werden müsste. Gerade die junge Generation von Nord- und Südkorea könnte nach ihrer Rückkehr als Multiplikatoren nachhaltig zum gegenseitigen Verständnis beitragen, helfen Vorurteile zu überwinden und Ängste auf beiden Seiten vor einer Wiedervereinigung abbauen.

Die Zahl der Menschen, die noch eigene Erinnerungen an ein geeintes Korea haben, schwindet von Jahr zu Jahr. Es muss daher Aufgabe der politisch Verantwortlichen, der Schulen und Universitäten, der Historiker und Kulturschaffenden sein, den Geist der Einheit in die jüngeren Generationen zu tragen, ihn

wach zu halten und den jungen Menschen zu vermitteln, warum auch sie Interesse und Verantwortung dafür empfinden sollten, was im Norden Koreas passiert.

### **Punkt 3 – Ausbau der Zusammenarbeit beider Staaten**

Der 10-Punkte Plan von Helmut Kohl zielte auf eine umfassende Ausweitung der Zusammenarbeit ab, wenn ein grundlegender Wandel des politischen und wirtschaftlichen Systems in der DDR vollzogen wird. Das hieß im Konkreten, die Abschaffung der Suprematie der SED, die Einführung freier, geheimer Wahlen, das Recht auf Opposition, Abschaffung des politischen Strafrechts, Freilassung politischer Gefangener und Abschaffung der bürokratischen Planwirtschaft.

Der Wandel des politischen Systems in der ehemaligen DDR war erzwungen von den Bürgern der DDR, die zu Abertausenden für Einheit, Recht und Freiheit demonstrierten und das SED-Regime in die Knie zwangen. Derartige Umstände sind mittelfristig in Nordkorea nicht zu erwarten.

In Nordkorea darf auch nicht die große Anzahl von Mitarbeitern des Systems in Partei, Verwaltung und Militär vergessen werden, die alles dafür geben würden, ihre Privilegien nicht aufzugeben und den gesamten Friedensprozess erneut destabilisieren könnten. Geschweige denn Kim Jong-un, der alles für den eigenen Machterhalt tun würde.

Der Grundsatz „Fordern und Fördern“ müsste daher unter einem völlig anderen Blickwinkel betrachtet werden, wie dies im Zuge der deutschen Einigung der Fall war. Der Grundsatz „Fordern“ betreffe zunächst einmal lediglich die strikte Einhaltung der Menschenrechte in Nordkorea, die konstruktive Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologisch und kulturellen Bereich und das Bekenntnis eines friedlichen Miteinanders, bei Möglichkeit zur Inspektion von Militäreinrichtungen im jeweils anderen Land. Der Grundsatz „Fördern“ hingegen würde bedeuten, nicht nur die Lebensverhältnisse im Land zu steigern und das Wirtschaftssystem an westliche Standards heranzuführen, sondern auch der Nomenklatur und dem Militär eine Zukunftsperspektive in einem wiedervereinten Korea zu bieten, in der Hoffnung, dass diese sich schrittweise vom Regime abwendet.



Die nordkoreanische Nomenklatur und das nordkoreanische Militär haben sehr aufmerksam verfolgt, dass im Zuge der deutschen Wiedervereinigung niemand Rache an den DDR-Verantwortlichen genommen hat, es keine Willkür-Justiz gab und zwei hoch gerüstete Armeen friedlich zusammengeführt wurden. Südkorea sollte klare Signale aussenden, dass das deutsche Beispiel für Korea in diesem Punkt wegweisend ist.

#### **Punkt 4 – Vertragsgemeinschaft**

Der 4. Punkt von Helmut Kohls 10-Punkte Plan, könnte meines Erachtens auch in Korea zielführend sein: Zunächst ist eine Vertragsgemeinschaft anzustreben. Diese beinhaltet ein dichtes Netz von Vereinbarungen und in einem zweiten Schritt auch gemeinsame Institutionen. Bereits bestehende oder neu gegründete Kommissionen könnten neue Aufgaben in Wirtschaft, Verkehr, Umweltschutz, Wissenschaft und Technik, Gesundheit oder Kultur übernehmen.

#### **Punkt 5 – Schaffung konföderativer Strukturen**

Der 5. Punkt des 10-Punkte Plans von Helmut Kohl sah die Schaffung von konföderativen Strukturen vor, um in Deutschland eine bundesstaatliche Ordnung zu errichten. Voraussetzung für einen solchen Schritt war für Helmut Kohl aber eine vom Volk legitimierte und demokratisch gewählte Regierung der DDR.

Hier darf nicht vergessen werden, dass zur Zeit der Ausarbeitung von Helmut Kohls 10-Punkte Plan die Tage des SED-Regimes schon längst gezählt waren! Zudem war die DDR niemals auf einen Führerkult an der Spitze des SED Regimes hin geschnitten, wie dies in Nordkorea mit der Familie Kim der Fall ist. Mit langem Atem müsste Südkorea bereit sein, für den Preis einer friedlichen, von Dialog geprägten Koexistenz in einer Vertragsgemeinschaft zu verharren - bei strikter Einhaltung der Menschenrechte, der Gewährleistung menschlicher Begegnungen und einer engen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technologisch und kulturellen Zusammenarbeit. Vorstellbar wären in diesem Rahmen aber durchaus ein gemeinsamer Regierungsausschuss zur ständigen Konsultation und politischen Abstimmung, gemeinsame Fachausschüsse, und ein gemeinsames parlamentarisches Gremium, so wie es auch der 10-Punkte Plan von Helmut Kohl vorgesehen hatte.

Ich bin überzeugt, dass eine von Dialog getragene Vertragsgemeinschaft gepaart mit einem Nordostasien-KSZE-Prozess die Türen öffnen könnte für einen Transformationsprozess in Nordkorea, so wie er mit Michael Gorbatschow in der ehemaligen Sowjetunion seinen Anfang nahm und ein schleichender Demokratisierungsprozess auch in Nordkorea eintreten würde.

Wenn sich im Zuge dessen Nomenklatur und Militär vom Regime abwenden, eine Demokratiebewegung von der Masse der Bevölkerung getragen wird - so wie dies in der ehemaligen DDR der Fall war - und demokratische Strukturen in Nordkorea verwirklicht werden, wäre auch der Weg zur Schaffung konföderativer Strukturen geebnet.

Eine schnelle Wiedervereinigung, wie in Deutschland nach dem Sturz des SED-Regimes, dem Fall der Berliner Mauer und den abgehaltenen freien demokratischen Wahlen in der DDR, halte ich aber aufgrund des auch in Jahren noch zu erwartenden wirtschaftlichen Gefälles auf der koreanischen Halbinsel für nicht möglich.

In Anlehnung an den Plan von Ministerpräsident Modrow könnte aber in einer ersten Stufe die nachbarschaftliche Vertragsgemeinschaft um konföderative Elemente sowie eine Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion ergänzt werden.

In einer zweiten Stufe könnte eine Konföderation der beiden koreanischen Staaten mit gemeinsamen Organen und Institutionen, zum Beispiel einem parlamentarischen Ausschuss, einer Länderkammer und gemeinsamen Exekutivorganen gegründet werden.

In einer dritten Stufe könnte schließlich ein einheitlicher koreanischer Staat in Form einer Föderation oder eines Bundes – mit gemeinsamem Parlament und gemeinsamer Regierung geschaffen werden.

Für eine dauerhafte Befriedung in Nordostasien müsste eine koreanische Wiedervereinigung, so wie die Deutsche Wiedervereinigung beim 2+4 Prozess, aber gleichermaßen in ein enges Zusammenspiel von Nord- und Südkorea, den USA, der VR China, Russland und Japan, als auch einen „Nordostasien-KSZE-Prozess“ eingebettet sein.

Bei der 2. Sitzung des Deutsch-Koreanischen Beratergremiums zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung erklärte die deutsche Seite im Februar 2015, dass Deutschland ein günstiges Klima für die deutsche Einigung schuf, indem es eine führende Rolle beim Aufbau eines multilateralen Systems der Sicherheitskooperation, wie dem Rahmen der KSZE, spielte. Die deutsche Seite begrüßte in diesem Zusammenhang die „Nordostasien-Initiative für Frieden und Zusammenarbeit“ und sagte ihre Unterstützung zu, die multilaterale Zusammenarbeit in der Region zu fördern. Die deutsche Seite erläuterte auch ausführlich den „Zwei-Plus-Vier-Vertrag“ und verdeutlichte, dass Deutschland mit den USA, der Sowjetunion, Großbritannien und Frankreichs proaktiv verhandelt habe, um ihr Verständnis und ihre Unterstützung für eine deutsche Vereinigung zu finden.

Zu einer in die Zukunft gerichteten belastbaren Nachbarschaftspolitik für ein künftiges geeintes Korea gehört auch eine schonungslose Aufarbeitung der Geschichte, so wie dies in Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Fall von Mauer und Stacheldraht der Fall gewesen ist und wofür sich Deutschland nachhaltig eingesetzt hat. Dabei wurde die Täterrolle während der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur in ganz Deutschland und der SED-Diktatur in Mitteldeutschland genauso schonungslos aufgearbeitet, wie die Opferrolle von Millionen Deutschen in beiden Diktaturen, aber auch durch Flucht, Vertreibung und Deportation nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch das Deutsch-Koreanische Beratergremium zu außenpolitischen Fragen der Wiedervereinigung hat auf die Bedeutung der Geschichtsaufarbeitung im Zuge der Überwindung der deutschen und europäischen Teilung hingewiesen. So wie in Europa müsste auch in Nordostasien schonungslos die leidvolle Geschichte aus der Täter- sowie der Opfer-Perspektive aufgearbeitet werden.

Eingebettet in einen „Nordostasien-KSZE-Prozess“ muss bei 2+4 Gesprächen zwischen Nord- und Südkorea, den USA, der VR China, Russland und Japan auch den berechtigten geo- und sicherheitspolitischen Interessen all dieser Länder Rechnung getragen werden. Eine Denuklearisierung eines wiedervereinten Koreas steht außer Frage. Doch gleichermaßen müsste beispielsweise auch die Frage nach einer militärischen Präsenz der USA in Korea und dessen Bündniszugehörigkeit geklärt werden.

Sollte dies gelingen, so könnte dies nicht nur die letzten Hürden für eine koreanische Wiedervereinigung nehmen, sondern in Anlehnung an die „Charta von

Paris“, die am 21. November 1990 als Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelerkonferenz von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada unterschrieben wurde, auch den Weg frei machen für eine „Charta von Kaesöng“. Die Hauptstadt des ehemaligen koreanischen Königreichs Goryeo und gleichzeitig Sinnbild der koreanischen Teilung könnte kein besserer Namenspatron sein!

So wie bei der „Charta von Paris“ müsste ein derart vergleichbares grundlegendes internationales Abkommen eine neue friedliche Ordnung in Nordostasien nach einer Wiedervereinigung Koreas schaffen und damit zu einer Phase der Kooperation in der gesamten Region führen.

Erinnern wir uns: Mit der „Charta von Paris“ erklärten die Staats- und Regierungschefs der Teilnehmerstaaten die Spaltung Europas für beendet und sicherten ihren Völkern die Gewährleistung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu. Die „Charta von Paris“ dokumentierte das Ende der Konfrontation des Kalten Krieges und der Teilung Europas!

Der ehemalige Bundespräsident Gauck hat seine Rede am 21. Juni 2013 in Goslar mit folgenden Worten beendet, die ich in diesem Zusammenhang zitieren möchte:

*„Die Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung erscheint angesichts der Lage auf der koreanischen Halbinsel zurzeit wie eine Illusion. Aber lassen wir uns nicht irre machen. Es erschien uns doch vor 25 Jahren im Herzen Europas auch wie eine Illusion, dass das Imperium der Sowjetmacht zusammenbrechen könnte. Es ist aber zusammengebrochen. Auch in Korea gab es in der Vergangenheit unerwartete Wendungen. Aus meiner persönlichen Erfahrung werbe ich von ganzem Herzen für Geduld, für Zuversicht und für Mut: Ich habe selbst erlebt, was geschehen kann, wenn viele Menschen gemeinsam die Furcht verlieren und ein übermächtiges System von innen verändern. Diese Hoffnung kann uns alle weitertragen. Ein Land, das wie Korea in seiner langen Geschichte überaus erfolgreich vermochte, seine kulturelle und nationale Eigenständigkeit trotz aller Widrigkeiten zu bewahren, ein solches Land wird auch seine Einheit wiederherstellen. Davon bin ich fest überzeugt.“*

Persönlich werde ich mich auch nach meinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag und damit verbunden meinem Ausscheiden aus dem Amt des Vorsitzenden der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe weiterhin mit ganzer

Kraft für eine gute Entwicklung der deutsch-koreanischen Beziehungen und eine innerkoreanische Annäherung mit dem Ziel der koreanischen Einheit einsetzen.

Es war mir eine hohe Ehre nach der Verleihung des Erste-Klasse-Ordens für besondere diplomatische Verdienste in Form der „Gwanghwa-Medaille“ im Jahr 2012 im vergangenen Jahr in Seoul mit dem „Korea Award“ der Korea Foundation ausgezeichnet zu werden. Dies ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich.

Insbesondere vor dem Hintergrund der leidvollen Erfahrung der deutschen Teilung und dem Glück der deutschen Wiedervereinigung war und ist es mir ein besonderes Anliegen, dass Deutschland und die Europäische Union sich für den Frieden, die Versöhnung und eine Einheit in Freiheit auf der koreanischen Halbinsel aktiv einsetzen.

Entsprechend habe ich die Absicht, die mit der Ehrung der Korea Foundation verbundene Dotation in Höhe von 10.000 US Dollar als Grundstock für eine Stiftung zu verwenden, die ich zu gründen beabsichtige.

Stiftungszweck soll es sein, von deutscher Seite exemplarische Projekte zu initiieren und zu fördern, die der Vertrauensbildung, der Versöhnung und der Stärkung menschlicher Verbindungen im geteilten Korea und in Nordasien dienen, um auf das Ziel eines geeinten Koreas in einem friedvollen und versöhnten Nordostasien hinzuwirken. Der Name der Stiftung soll lauten: „Ein Korea – Vertrauen, Versöhnen, Verbinden“.

Um das Stiftungsvermögen für die zu errichtende Stiftung „Ein Korea - Vertrauen, Versöhnen, Verbinden“ zu sammeln wurde ein Treuhandverein mit gleichem Namen errichtet. Mit Erreichen des notwendigen Stiftungskapitals wird der Verein in die Stiftung „Ein Korea - Vertrauen, Versöhnen, Verbinden“ umgewandelt und das gesammelte Vermögen in die Stiftung überführt.

Sollten Sie die zu gründende Stiftung unterstützen wollen, würde ich mich sehr freuen und bitte Sie, mich dies wissen zu lassen.

Ich möchte mich abschließend den Worten von Bundespräsidenten Gauck vor der Nationalversammlung anschließen, der sagte: „Für Deutschland erwächst

*aus seiner Einheit und aus seiner neuen Rolle auch neue Verantwortung, in Europa und in der Welt. Gegenüber Korea besteht unsere Verantwortung darin, dessen Weg mit Interesse und, wo gewünscht, mit Rat zu begleiten – heute und in Zukunft.“*